

**HAGEN**Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 1

Drucksachennummer:

0390/2023

Datum:

27.04.2023

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der AfD-Fraktion

hier: Vorgänge in Lörrach - Wohnraum für Flüchtlinge/Kündigung von Mietverhältnissen

Beratungsfolge:

11.05.2023 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen fordert die Stadtverwaltung Hagen auf, von einer Beendigung von Mietverhältnissen zwischen ihren kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und dessen Mietern zwecks Unterbringung von Flüchtlingen abzusehen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen**Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**☒ keine Auswirkungen (o)



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 2

Drucksachennummer:

0390/2023

Datum:

27.04.2023

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 11.05.2023_RAT_07

Hagen, 12.04.2023

Antrag zur Tagesordnung des Rates der Stadt Hagen am 11.05.2023 gem. § 6 GeschO

Vorgänge in Lörrach – Wohnraum für Flüchtlinge Kündigung von Mietverhältnissen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir verweisen bei diesem Antrag auf die Begründung zu unserer Anfrage (Vorgänge in Lörrach – Wohnraum für Flüchtlinge) zur Tagesordnung des Rates am 11.05.2023 und stellen folgenden Antrag zur Abstimmung:

Antrag:

Der Rat der Stadt Hagen fordert die Stadtverwaltung Hagen auf, von einer Beendigung von Mietverhältnissen zwischen ihren kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und dessen Mietern zwecks Unterbringung von Flüchtlingen abzusehen.

Begründung:

Die Stadt Hagen sollte unbedingt dafür Sorge tragen, dass sich Lörrach hier nicht wiederholt.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender

Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 11.05.2023_RAT_06

Hagen, 12.04.2023

Anfrage zur Tagesordnung des Rates der Stadt Hagen am 11.05.2023 gem. § 5 GeschO

Vorgänge in Lörrach – Wohnraum für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ende Februar kam es im baden-württembergischen Lörrach zu einem Vorgang, der bundesweit für Empörung, Unverständnis und Angst sorgte.

Die Kommune teilte rund 40 Mietern gemeinsam mit ihrer städtischen Tochtergesellschaft Wohnbau Lörrach mit, dass man „in Kürze“ das bestehende Mietverhältnis kündigen werde, um Wohnraum für die Unterbringung von rund 100 Flüchtlingen zu schaffen.

Begründet wird diese Maßnahme, welche von der Kommune als „wichtiger Schritt für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Lörrach“ bezeichnet wird, mit dem „erheblichen Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Weltregionen“.

Dieser Vorgang stellt jedoch keineswegs einen Dammbbruch oder Einzelfall dar. Bereits während der Flüchtlingskrise der Jahre 2015/16 kam es zu ähnlichen Vorgängen. Nahezu zur selben Zeit wie in Lörrach warf ein Unternehmen der Diakonie jüngst rund 100 Bewohner aus einem Berliner Seniorenheim, um dort alternativ Zuwanderer unterzubringen.

Wir bitten daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind ähnliche Schritte zur Kündigung städtischer Mieter wie in Lörrach rechtlich auch in Hagen möglich?
2. Gibt es Planungen der Stadt Hagen bzw. der Tochtergesellschaft ha.ge.we bezüglich der Kündigung städtischer Mieter zur alternativen Unterbringung von Flüchtlingen?
3. Kann grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass solche Maßnahmen in Hagen durchgeführt werden?

4. Wie viele Plätze bzw. Unterbringungen für Flüchtlinge fehlen aktuell in Hagen?
5. Wie ist der Stand der Auslastung der Unterbringungsmöglichkeiten in Hagen?
6. Da immer mehr Städte aufgrund der Kosten und der fehlenden Infrastruktur gegen Zuweisungen von Flüchtlingen ohne Finanzausgleich protestieren, möchten wir wissen, ob eine europäische Informationsvernetzung bezüglich illegaler Flüchtlinge und Verteilung der Flüchtlinge in der EU besteht?

Begründung:

Die oben beschriebenen Vorgänge in Lörrach sorgen derzeit bei vielen Mietern für Angst und Unsicherheit. Lörrach darf unserer Meinung nach kein Vorbild für Hagen sein. Einheimische haben ein Recht auf Wohnraum.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin